

ISRAEL

## Gezielte Verdrängung

Durch die kontinuierliche Ausbürgerung von Palästinensern und großzügig genehmigte Bauprojekte für eigene Landsleute versucht die israelische Regierung, im Ostteil Jerusalems eine jüdische Bevölkerungsmehrheit herbeizuführen. Insgesamt 4577 arabischen Einwohnern erkannten die Behörden 2008 die Aufenthaltsgenehmigung ab. Das sind immerhin halb so viele wie in den 40 Jahren von 1967 bis 2007. Nach Angaben des „Jerusalem Instituts für Israel-Studien“ leben in Ost-Jerusalem derzeit rund 250 000 Araber und knapp 200 000 Juden. Nach der Besetzung 1967 hatte Israel die Stadtgrenze so weit gezogen, dass auch viele Flächen für späteren Siedlungsbau mit eingemeindet wurden. Erst Mitte November kam es zu heftigem internationalem Protest, als die Genehmigung für



EU-Befürworter in Mazedonien

ROBERT ATANASOVSKI / AFP

Regierung in Athen, weil sie den Namen „Mazedonien“ für eine ihrer griechischen Regionen reklamiert. Aber mehr als einen bescheidenen Aufschub werden die Hellenen kaum erpressen können. Auch der Abschluss eines „Interimsabkommens“ mit Serbien steht auf der Gipfel-Agenda, offizielle Aufnahmegespräche sollen zügig folgen, danach steht Nachbar Montenegro vor der Tür. Einigen Regierungschefs ist auch das noch nicht genug. Athens neugewählter sozialistischer Premier Georgios Papandreou und sein italienischer Amtskollege Silvio Berlusconi wollen bis 2014 am

liebsten den gesamten West-Balkan aufnehmen: also auch Bosnien-Herzegowina und Albanien. Nur so ließen sich neue Spannungen in der ethnisch zerstrittenen Region verhindern. Das käme viele EU-Mitglieder allerdings teuer zu stehen. Die Nettozahler müssten ihre Zuschüsse kräftig erhöhen. Bei solchen Aussichten wird ein anderer, langjähriger Aspirant wohl noch ein wenig länger draußen bleiben müssen: In realistischer Einschätzung schob Ankaras Außenminister Ahmet Davutoglu jüngst den Zeithorizont für die Aufnahme der Türkei kräftig nach hinten – auf 2023.

RUSSLAND

## Tod auf leichten Sitzen

Wie geplant soll der von Siemens entwickelte Hochgeschwindigkeitszug „Wanderfalke“ am 18. Dezember seine Fahrt zwischen Moskau und St. Petersburg aufnehmen – trotz des Terroranschlags auf dieser Strecke mit 26 Toten und mehr als 90 Verletzten. „Wir werden die Sicherheitsvorkehrungen mit Überwachungskameras und Kontrollen verstärken“, kündigte Wladimir Jakunin an, der Chef der Russischen Eisenbahnen. Bei einem Gesamtstreckennetz von 85 000 Kilometern könne es allerdings „keine vollkommene Sicherheit“ geben. In Russland ist nun eine Debatte über die Frage entbrannt, ob der neue Zugtyp, eine Modifizierung des deutschen ICE, für das terrorgefährdete Land geeignet sei. Beim jüngsten Anschlag wurden einige Passagiere offenbar getötet, weil die bequemen, aber leichten Sitze aus Deutschland bei der Notbremsung aus ihren Verankerungen rissen. Bei einem

ähnlichen Anschlag im August 2007 gab es keine Toten: Die schweren russischen Sitze saßen fest. Die Hersteller betonen nun, dass „alle Anforderungen“ der russischen Sicherheitsvorschriften „eingeflossen“ seien. Russische Ermittler vermuten Islamisten aus dem Kaukasus als Täter. Scharf wehrte sich Jakunin gegen Spekulationen, die Behörden versuchten mit dem Hinweis auf das Werk von Terroristen einen Unfall zu vertuschen. „Diese Zyniker, die anders als ich das Grauen am Tatort nicht gesehen haben, würde ich am liebsten vor Gericht bringen.“

Nach Anschlag entgleister Zug



POLARIS



Palästinensische Häuser in Ost-Jerusalem

900 weitere Wohneinheiten im jüdischen Stadtteil Gilo bekannt wurde. Zusätzlich verdrängen jüdische Siedler palästinensische Einheimische, indem sie über Strohmannen arabische Immobilien aufkaufen. Für die Gegenseite werden einschlägige Bauanträge abgelehnt, zuletzt einer für 200 neue arabische Wohnungen. Die Palästinenser beanspruchen Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines zukünftigen eigenen Staates. Premier Benjamin Netanjahu hat zwar den Siedlungsbau im Westjordanland eingestellt, Ost-Jerusalem davon aber ausgenommen. Trotz heftiger Proteste Israels wollen die EU-Außenminister bei ihrem Treffen in dieser Woche den palästinensischen Anspruch auf Ost-Jerusalem unterstützen.